

Investoren wollen wieder planen

[05.03.2014] Unternehmen wollen in weitere Projekte zu der Offshore-Windenergie investieren. Das haben die Investoren Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil und Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen bei einem Treffen erklärt. Vergütungskürzungen könnten allerdings ein starkes Hindernis sein.

Investoren sind bereit, weiter in Offshore-Windenergie zu investieren. Das haben Unternehmensvertreter bei einem Treffen mit Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil und Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen erklärt. Ziel des Treffens war es laut der Bremer Senatskanzlei, den Status der laufenden Offshore-Projekte zu ermitteln. Zudem sollte festgestellt werden, welche Hemmnisse für weitere Investitionen bestehen. Die Investoren wollen demnach die Planungen zu vielen Projekten wieder aufnehmen. „Die Offshore-Industrie ist in einer entscheidenden Phase“, sagt Bürgermeister Böhrnsen. „Als einzige nahezu grundlastfähige erneuerbare Energie ist sie für den Erfolg der Energiewende unverzichtbar. Dazu braucht es Verlässlichkeit für Investoren.“ Um das zu erreichen muss jetzt laut Bremens Bürgermeister Vertrauen gewonnen werden. Dies sei nicht zuletzt durch den Beschluss der Bundesregierung zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) notwendig, mit dem Anfang April zu rechnen ist. „Die norddeutschen Länder werden alles dafür tun, damit die große Chance für den Norden und die Küste durch die Offshore-Windenergie genutzt wird“, so Böhrnsen. Laut der Meldung haben die Investoren deutlich gemacht, dass die Verlängerung der Gültigkeit des Stauchungsmodells zu begrüßen und notwendig ist, um weitere Projekte zu ermöglichen. Die im Referentenentwurf der EEG-Novelle beabsichtigte Kürzung der Vergütung für 2018 und 2019 müsse allerdings unterbleiben. Ansonsten werde eine Vielzahl der avisierten Projekte nicht realisiert werden können. Ministerpräsident Weil: „Die Offshore-Windenergie ist eine junge Technologie, die die Lernkurve noch vor sich hat. Der Durchbruch für Offshore kann gelingen. Die Offshore-Windkraft bei uns an der Küste wird mit ihrer verlässlichen Grundlastfähigkeit und ihrer sauberen Stromversorgung mehr als 90 Prozent des Jahres eine feste Säule der Energieversorgung.“ Derzeit gebe es viele ermutigende Signale, sagt der Ministerpräsident. „Jetzt liegt es an der Bundesregierung, den Koalitionsvertrag vollständig umzusetzen und den Kürzungsvorschlag im Stauchungsmodell wieder zurück zu nehmen.“ Bereits durch den Koalitionsvertrag sind die Offshore-Ziele bis zum Jahr 2030 reduziert worden. Diese sind aus Sicht der Länder Niedersachsen und Bremen eine Mindesterfordernis, um einen kontinuierlichen Ausbau und eine stetige Lernkurve sicherzustellen. Auch um die Kostensenkungspotenziale heben zu können, sei dies die Mindestanforderung. Die deutsche Küste steht laut der Senatskanzlei in den kommenden sechs Jahren vor Investitionen in Höhe von über zehn Milliarden Euro.

(ve)